

## Kommunalwahlen 2013

## Nachrichten

## Foren fordern Wahlrecht für alle

**ELMSHORN** Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein durften mehr als 25 000 Menschen im Land nicht wählen. Dabei handelt es sich um so genannte „Drittstaatler“, also Menschen ohne eine EU-Staatsbürgerschaft. Personen aus EU-Staaten dürfen nach 6-wöchigem Wohnsitz am neuen Ort wählen. Drittstaatler auch nach 10, 20, 30, 40 Jahren nicht. Das bemängeln Mitglieder der Integrationsforen in Elmsborn, Flensburg und Kiel in einer gemeinsamen Erklärung.

Ob es um Baupläne, Schulentwicklung, Straßenbau in der Stadt, in der sie wohnen, gehe – Drittstaatler, so die Integrationsforen, hätten politisch nichts zu sagen. Viele arbeiteten allerdings ehrenamtlich und bewiesen damit, dass sie sich einbringen wollten und könnten. Ehrenamtliches Engagement sei jedoch kein Ersatz für echte politische Partizipation durch Ausübung des Wahlrechtes, so die Foren. Demokratie brauche jede Stimme. Besonders in Zeiten niedriger Wahlbeteiligung. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: „Man könnte es so formulieren: Ich will, darf nicht, du darfst, willst nicht! Wir haben das Glück, in einer Demokratie zu leben. Dafür müssen wir unsere Freiheit und unser Leben nicht riskieren. Wir müssen uns nur informieren und wählen gehen.“

Die Demokratie lebe davon, dass die Menschen mitmachten und sie mit Leben füllten. Demokratie brauche die Legitimierung durch die Menschen, die von den Entscheidungen betroffen seien. Deshalb fordern die Mitglieder der Integrationsforen in Flensburg, Kiel und Elmsborn das kommunale Wahlrecht für alle. *en*

## Domanski statt Petzold

**KÖLLN-REISIEK** Bei der Auflistung der künftigen Kölln-Reiseiker Gemeindevorsteher ist uns gestern ein Fehler unterlaufen. Für die CDU zieht Tanja Domanski in den Rat ein, nicht Tanja Petzold. *mbu*

## Pro Bahn trifft sich wieder

**ELMSHORN** Das nächste Treffen des Fahrgastverbandes Pro Bahn findet am Mittwoch, 5. Juni, um 19 Uhr im Restaurant Da Gino am Elmsborner Bahnhof statt. *pe*

## Standpunkt

## Wahl: Herbe Schlappe für Demokraten

Nichtwähler „erringen“ fast Zweidrittel-Mehrheit

**ELMSHORN** Die Kommunalwahl am Sonntag erfordert neue Sichtweisen. Nicht auf die Parteiprogramme und nicht auf die Strategien der Fraktionen, sondern auf die Demokratie und ihre Wähler. Also ändern wir die Perspektive: Die Wahlbeteiligung lag nicht bei „grottenschlechten“ (Zitat Bürgermeisterin Brigitte Fronzek) 36,58 Prozent, nein, es gab 63,42 Prozent Nichtwähler! Die Folgen dieser etwas anderen Art der Wahlanalyse sind mehr als ernüchternd.

Und das ergibt sich bei diesem – völlig zulässigen – Blick auf die Kommunalwahl 2013 in Elmsborn: Alle Parteien rutschen angesichts der erdrückenden absoluten Mehrheit der Nichtwähler (63,42 Prozent; fast eine Zweidrittelmehrheit) erdschütternd in den Bereich der Bedeutungslosigkeit: 15,07 Prozent für die SPD als stärkste Fraktion, gefolgt von der CDU mit 12,13 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten. Für Bündnis 90/Die Grünen ergeben sich 6,64 Prozent, gefolgt von der FDP mit 2,07 Prozent. Dies ist die konsequente Anwendung der „grottenschlechten“ Wahlbeteiligung auf die einzelnen Parteien.

Allen im Rathaus vertretenen Gruppierungen wäre es zusammen nicht möglich, die „Fraktion“ der Nichtwähler zu überstimmen. Säßen die Nichtwähler als „Generalverweigerer“ mit im Kollegium, wäre ein politisches Handeln der gewählten Stadtverordneten gar nicht möglich.

Das ist zum Glück in der Wirklichkeit nicht so, doch die Kommunalpolitiker müssen sich angesichts der Abstimmung von Sonntag dieses Szenario vor Augen führen und handeln: Für die Demokratie und für die Stadt, gegen eine Verweigerung der absoluten Mehrheit, die nicht ihr Recht auf freie Wahlen wahrnimmt, die nicht mehr den Wert dieser demokratischen Freiheit erkennt, sondern sich angesichts der politischen Realität in die „Grotte des Individualismus“ zurückzieht – weit davon entfernt, vielleicht sogar einmal das aktive Wahlrecht zu nutzen und sich selbst dem Wählervotum zu stellen, statt pausenlos Hymnen der Missbilligungen zu tröten.

Die Dringlichkeit politischen Handelns vor dem Hintergrund stetig sinkender

Wahlbeteiligung wird noch deutlicher, wenn man einen weiteren – dann aber nicht mehr politisch korrekten – Schritt tut. Dann sieht es mit der real existierenden Demokratie noch düsterer aus: Bezogen auf die Einwohner von Elmsborn repräsentieren die gewählten Sozialdemokraten als stärkste politische Kraft 11,23 Prozent der in der Stadt lebenden Menschen; die kleinste Fraktion, die FDP, nicht einmal 1,54 Prozent. Das war nicht immer so.

Wir schreiben das Jahr 1974: Nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik gehen in Schleswig-Holstein bei einer Kommunalwahl mehr Menschen an die Urnen als am 24. März: 79,2 Prozent der Wahlberechtigten. 34 Jahre später, 2008, dann der neue Rekord, allerdings im negativen Sinne: Tiefpunkt bei der Wahlbeteiligung mit erstmals unter 50 Prozent (genauer: 49,4 Prozent). Doch der Rekord hält nicht lange, denn gleich bei der nächsten Kommunalwahl, am vergangenen Sonntag, wird er eingestellt: Die Wahlbeteiligung im Lande sinkt auf 46,7 Prozent.

In Elmsborn steckten 1974 – heute kaum vorstellbar – 78,76 Prozent der Wähler ihre Stimmzettel in die Urnen. Seitdem ging es (fast) immer bergab. Die weiteren Werte der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen an der Krückau in Prozent: 1978: 75,8; 1982: 70,0; 1986: 62,2; 1990: 64,6; 1994: 66,6; 1998: 56,60 Prozent, 2003: 43,15; 2008: 34,93 und 2013 dann mit einem leichten Plus 36,58.

Und nun die andere Sichtweise für das Jahr 1974: Die Nichtwähler erzielen mit 21,24 Prozent aller Wahlberechtigten gerade einmal jede fünfte „Stimme“. Die CDU als damals stärkste Fraktion – mit knapper absoluten Mehrheit im Kollegium – erreicht selbst in dieser anderen Perspektive 38,69 Prozent, gefolgt von der SPD, die immerhin noch 29,15 Prozent aller Wahlberechtigten repräsentiert. Sogar im Verhältnis zur gesamten Einwohnerschaft steht die CDU 1974 als stärkste Partei noch für 29,2 Prozent der Elmsborner, die FDP als kleinste Fraktion (Wahlergebnis: 11,5 Prozent) noch für 6,7 Prozent aller Einwohner. Von einer derartigen Verwurzelung in der Gemeinde können heute alle Fraktionen nur träumen – oder endlich gemeinsam versuchen, daran ernsthaft etwas zu ändern. *Carsten Petersen*

## 17 Prozent Wahlbeteiligung: Warum geht Hainholz nicht wählen?



Nur jeder Sechste ging zur Wahl: Der Bezirk „KGSE I“ ist Schlusslicht in Elmsborn.

KOCH (5)

**ELMSHORN** Was für viele Bürger eine Selbstverständlichkeit darstellt, hat im Wahlbezirk „KGSE I“ kaum eine Bedeutung. Gerade einmal 17 Prozent der Wahlberechtigten machten sich auf den Weg zur Wahlurne – also nur jeder Sechste. In dem Wahlbezirk, der das Kerngebiet des Stadtteils Hainholz umfasst, begaben wir uns auf Spurensuche.

„Das bringt doch eh nichts, man hat das Gefühl, es steht alles vorher schon fest“, sagt Michaela Koscianska (45), die bei der Kommunalwahl am vergangenen Sonntag eine der 1173 Nicht-Wähler war (bei 1414 Wahlberechtigten). Sie glaubt, dass viele andere, die in dem Bezirk leben, genauso denken und einfach unzufrieden sind. So sieht es auch ihre 15-jährige Tochter Nadine: „Wenn ich wählen gehen könnte, würde ich es nicht machen.“ Es herrscht Politikverdrossenheit in Elmsborns ehemaligen sozialen Brennpunkt. „Das wird doch sowieso alles nicht eingehalten, was die Politiker vorher versprochen“, sagt auch Ralf Krüger. Der 46-Jährige ist am Sonntag wie die meisten zu Hause geblieben.

Rund 70 Prozent der Menschen im Wahlbezirk „KGSE I“ haben einen Migrationshintergrund. Der Bezirk umfasst Teile des Hainholzer Damms, den Rethfelder Ring, Eichenkamp, Sperberweg, Habichtweg und Falkenweg. Anwohnerin Britta Baren-scheer glaubt, dass vor allem die Sprachbarriere ein Problem bei vielen darstellt. „Es kann nicht sein, dass die Kinder für ihre Eltern alles übersetzen. Die Erwachsenen müssen deutsch lernen, um auch ihre Rechte zu kennen“, glaubt die 47-Jährige.



Keine Lust, wählen zu gehen: Michaela Koscianska (links) mit Tochter Nadine und Sohn Benjamin.

Verkäufer Yusuf Yagri arbeitet in einem Imbiss-Wagen am Hainholzer Einkaufszentrum. „Ich glaube, dass viele Ausländer nicht wirklich viel von dem verstehen, was in der Zeitung oder auf den Wahlplakaten steht“, sagt der 46-Jährige. Er wisse aber auch keine Lösung für das Problem.

Für die Leiterin der Awo-Einrichtungen in Hainholz, Kerstin Thiel, ist die geringe Wahlbeteiligung keine Überraschung. „Es ist nicht so, dass sich die Leute generell nicht einbringen möchten, aber sie wurden dafür nicht sozialisiert“, sagt Thiel. Die einzelnen Gruppierungen und Nationalitäten blieben lieber unter sich – „viele kennen das Prozedere für solch ein demokratisches Recht nicht“, so Thiel. Für viele Bewohner des Wahlbezirks bestimmen andere Themen den Alltag: Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder auch familiäre Probleme. „Sie sind mit ihrem Leben so beschäftigt, dass sie sich gar nicht gesellschaftlich mit einbringen können“, sagt die Hainholzer Awo-Leiterin.

Sie appelliert auch an die Politik: „Es bringt nichts, wenn Politiker sich hier ein oder zwei Mal im Jahr blicken lassen.“ Es sei ihr Anspruch, an der gegenwärtigen Situation etwas zu ändern – doch das brauche Zeit. *Jakob Koch*

## WAHLBETEILIGUNG IN PROZENT

Elmsborn Durchschnitt > 36%

Bismarckschule I > -  
Bismarckschule II > 27 %  
Friedrich-Ebert-Schule I > 31 %  
Friedrich-Ebert-Schule II > 35 %  
Kita Hasenbusch > 38 %  
Boje-C.-Steffen-G. I > 33 %  
Boje-C.-Steffen-G. II > 45 %  
GS Kaltenweide I > 40 %  
GS Kaltenweide II > 33 %  
Astrid-Lindgren-Schule I > 41 %  
Astrid-Lindgren-Schule II > 37 %  
Paul-Dohrmann-Schule > 26 %  
KGSE I > 17 %  
KGSE II - A. Ramskamp > 45 %  
KGSE III > 35 %  
Timm-Kröger-Schule I > 39 %  
Timm-Kröger-Schule II > 40 %  
Raboisenschule > 47 %  
GS Hafenstraße > 37 %  
Ev. Gemeindehaus > 36 %



„Bringt nichts“: Ralf Krüger (46) war nicht wählen.



Yusuf Yagri (46) sieht in der Sprachbarriere ein Problem.



Britta Baren-scheer (45) und Romano-Michael Löwe (18).